

Protokoll

über die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 18.04.2016, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig

Herr Peter Kramer
Herr Michael Schernikau

Fraktionsvorsitzender, stellv. Vorsitzender
i.V.f. Herrn Dr. Stephan Bakan,
1. stellv. Bürgermeister
i.V. für Herrn Lutz Degener

WSI:

Herr Andreas Schnieber
Herr Joachim Funck

2. stellv. Bürgermeister
i.V. für Herrn Dr. Bakan

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Gudrun Jungblut
Herr Olaf Wuttke

stellv. Ausschussmitglied
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Herr Walter Winkler

Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

Umweltbeirat:



Herr Maximilian Bruch vom

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung	
Herr Manuel Baehr	Zu TOP 8.1.5, 9,10 u.11.1.3
Frau Beate Czerney	Zu TOP 9
Herr Christian Dralle	Zu TOP 5
Herr Rolf Jagemann	
Herr Klaus Lieberknecht	
Frau Susanne Lustig	Zu TOP 5
Frau Kathrin Reichert	Zu TOP 9
Frau Anja Rose	Zu TOP 8.1.4
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Herr Volkmar Scholz	
Kristin Stolle	Zu TOP 5
Frau Martina Weisser	Schriftführerin
Herr Jens Zwicker	Zu TOP 8.1.3, u.11.1.2

Gäste:

Herr Thomas Grabau	Ratsmitglied
Herr Jörg Keller	
Frau Renate Koschorrek	Ratsmitglied

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan	Ausschussvorsitzender
------------------------	-----------------------

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Es waren außerdem 2 Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt der 1.stellvertretende Vorsitzende Herr Kissig alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Wuttke kündigt an, dass er zu TOP 8.1.5 eine Wortmeldung für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung hat.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig:

Beschluss

Die TOP 9-11 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Anhörung der Beiräte
 - 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 28. Sitzung vom 08.02.2016
 - 4.) Schriftliche Anfragen
 - 5.) Haushaltsangelegenheiten
 - 5.1 Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung 2016
Vorlage: BV/2016/038
 - 5.2 Haushaltsgenehmigung 2016 - Stellungnahme
Vorlage: MV/2016/031
 - 5.3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015 (2. Halbjahr)
Vorlage: MV/2016/019
 - 5.4 Interaktiver Haushalt 2016
Vorlage: MV/2016/027
 - 6.) Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben gemäß VOB und VOL
Vorlage: BV/2016/014
 - 7.) 4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2016/039
 - 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Mitteilungen
 - 8.1.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 8.1.2 Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und Herbstmarktes 2016
Vorlage: MV/2016/015
 - 8.1.3 Nutzungsrichtlinien für die Aula des Johann-Rist-Gymnasiums
Vorlage: MV/2016/012
 - 8.1.4 Mitarbeiterbefragung 2015
Vorlage: MV/2016/028
 - 8.1.5 10. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2016/007
-

8.2 Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

9.) Grundstücksangelegenheit am Strandbaddamm

Vorlage: BV/2015/131

10.) Grundstücksangelegenheit im Bereich Voßhagen

Vorlage: BV/2016/034

11.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Mitteilungen

11.1.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

11.1.2 Mietvertrag Schutzbauwerk/Süd

Vorlage: MV/2016/020

11.1.3 Grundstücksangelegenheit im Langenkamp

Vorlage: MV/2016/021

11.2 Anfragen

12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen.

2.) Anhörung der Beiräte

Der stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Helms, stellt sich kurz vor und teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die Vorsitzende des Seniorenbeirates, Frau Dr. Sigrun Klug, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses teilnehmen wird. Er übergibt das Wort jetzt an das Seniorenbeiratsmitglied Herrn Winkler, der sich ebenfalls mit kurzen Worten vorstellt und die Anwesenden darüber informiert, dass er zukünftig anstelle von Frau Dr. Klug den Haupt- und Finanzausschuss begleiten wird. Herr Kissig heißt ihn im HFA willkommen und bittet, Frau Dr. Klug gute Genesungswünsche des Haupt- und Finanzausschusses zu überbringen.

Die beiden Vertreter aus Jugend- und Umweltbeirat - Herr Koch und Herr vom Bruch - haben heute nichts aus ihren jeweiligen Beiräten zu berichten. Herr vom Bruch verweist auf die Internetseite Stadtradeln.de und ermuntert die Anwesenden, sich an der Aktion zu beteiligen.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 28. Sitzung vom 08.02.2016

Herr Kissig bittet, auf Seite 7 ganz unten den letzten Satz nach „vorzuziehen“ zu beenden und den danach folgenden Halbsatz ersatzlos zu streichen, da dieser unvollständig ist. Er bittet außerdem darum, auf Seite 8 oben im 1.Absatz den letzten Satz nach dem Wort „einzuplanen“ um folgenden Halbsatz zu erweitern: „...einzuplanen und diese in der Beschlussvorlage explizit auszuweisen.“

Weitere Änderungen werden nicht vorgeschlagen. Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss

Das Protokoll wird mit den Änderungen auf Seite 7 und 8 genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

5.) Haushaltsangelegenheiten

5.1.) Kompensation der gekürzten Kreditermächtigung 2016 Vorlage: BV/2016/038

Der Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage. Die Stadt muss auf die Kürzungsforderungen des Innenministers reagieren. Herr Schmidt betont, dass es sich in keinem Fall um ersatzlose Streichungen, sondern nur um ein Schieben der geplanten Investitionen handelt. Dass auch die 3. geplante Unterkunft für Flüchtlinge dabei ist, hält er für vertretbar, da die Zahl der Zuweisungen deutlich zurückgegangen ist.

Herr Dr. Murphy ist sicher, dass diejenigen, die seine Haushaltsrede im letzten Jahr gehört haben, nachvollziehen können, dass er die vorgelegte Beschlussvorlage ablehnen wird. Grund hierfür ist, dass mit dem Schieben der Errichtung der 3. Unterkunft ausgerechnet der mit diesem Bau einhergehende neu beschrittene Weg des kommunalen Wohnungsbaus geopfert wird. Und das, obwohl preiswerte Wohnungen dringend gebraucht werden in Wedel. Herr Dr. Murphy zitiert aus dem Schreiben des Bürgermeisters an das Innenministerium und aus der Mitteilungsvorlage unter TOP 5.3. In beiden Fällen wird auf den angespannten Wohnungsmarkt in Wedel hingewiesen. Aus Sicht Dr. Murphys ist daher das Schieben der 3. Unterkunft nicht zumutbar. Außerdem, so Dr. Murphy hält er es für gefährlich, das Schieben der Maßnahme mit dem Rückgang von Flüchtlingszuweisungen zu begründen. Das stiftet Unfrieden. Es gibt auch andere wohnungslose oder wohnungssuchende Menschen, die nicht Flüchtlinge sind.

Herr Herrmann zeigt sich überrascht, dass Herr Dr. Murphy zwar einerseits das Schieben dieser Investition kritisiert, andererseits aber seinerzeit nicht dem Vorschlag der FDP zustimmen konnte, die Errichtung der Unterkunft durch einen Investor durchführen zu lassen. Angesichts der desolaten Haushaltslage hätte dieses der Stadt nur Vorteile gebracht. Die Unterkunft wäre errichtet worden, die Stadt hätte dafür kein Geld in die Hand nehmen müssen.

Herr Kissig stellt fest, dass Vieles, was der Innenminister in dem Schreiben an die Stadt bemängelt, exakt dem entspricht, was die CDU im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen immer wieder betont hatte. U.a. hatte die CDU den geplanten Bau der 3. Unterkunft in Eigenregie als problembelastet beurteilt. An Herrn Dr. Murphy gewandt, erklärt Herr Kissig, dass der Bau dieser geplanten Unterkunft und überhaupt der Bau von Flüchtlingsunterkünften keineswegs der Einstieg in den kommunalen Wohnungsbau ist.

Die Unterkünfte sind spätestens nach 15 Jahren abgewohnt und nicht mehr nutzbar. Wenn man denn kommunalen Wohnungsbau haben will, dann aber auch mit der Gründung einer entsprechenden Gesellschaft starten und Gebäude errichten, die nicht schon nach 15 Jahren abgewohnt sind. Notunterkünfte können nicht mit sozialem Wohnungsbau gleichgesetzt werden.

Trotz dringenden Appells der CDU im Rahmen der Haushaltsberatungen, sich für ein Investorenmodell zu entscheiden, hat eine Ratsmehrheit dieses abgelehnt. Nun sieht man, dass man Probleme mit Kreditinvestitionen hat und auch in Zukunft haben wird. Ohne die Investition hätte die Stadt Wedel dieses Problem jetzt nicht.

Da die CDU den Haushalt 2016 nicht mit beschlossen hat, wird die CDU der Beschlussvorlage heute auch nicht zustimmen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollen die, die den Haushalt beschlossen haben, jetzt auch über die Konsequenzen nachdenken und Lösungen finden. Dabei könnte auch gleich noch einmal der Standort Heinestraße betrachtet werden, für den es durchaus Alternativen gibt.

Herr Wuttke stellt fest, dass die CDU das wenige noch vorhandene Tafelsilber der Stadt verkaufen wollte. Auch die CDU muss jetzt mit dem Haushalt leben, auch, wenn sie ihre eigenen Ideen in diesem Haushalt nicht alle durchsetzen konnte. Die Grünen werden der Beschlussvorlage zustimmen. Herrn Dr. Murphy fragt Herrn Wuttke, wo er denn die 1,3 Mio € einsparen will, um den Einsparungsforderungen des Innenministers nachkommen zu können, wenn er denn nicht auf den Bau der 3. Unterkunft verzichten will.

Herr Dr. Murphy antwortet: „Beim Hafen natürlich.“

Herr Kissig merkt an, dass die CDU kein Tafelsilber verkaufen wollte. Die CDU hatte eine Vergabe im Wege des Erbbaurechts mit kürzerer Laufzeit von 25-30 Jahren vorgeschlagen.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Ausschuss mit 6:7:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Die Beschlussvorlage wird abgelehnt.

Herr Kissig erklärt mit Blick auf Herrn Schmidt, dass er davon ausgehe, dass der Bürgermeister die Vorlage trotz der heutigen Ablehnung in den Rat einbringen wird.

5.2.) Haushaltsgenehmigung 2016 - Stellungnahme **Vorlage: MV/2016/031**

Nach kurzen Erläuterungen durch Herrn Schmidt nimmt der Ausschuss den Entwurf des Schreibens an das Innenministerium zur Kenntnis. Änderungen werden nicht vorgeschlagen.

5.3.) Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2015 (2. Halbjahr)
Vorlage: MV/2016/019

Nachdem Herr Amelung Fragen zu einzelnen Positionen beantwortet hat, nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5.4.) Interaktiver Haushalt 2016
Vorlage: MV/2016/027

Herr Dralle aus dem Fachdienst Finanzen zeigt über den Beamer die verschiedenen Möglichkeiten auf, bestimmte Informationen zum Haushalt im Internet abzurufen. Über alle Hierarchieebenen hinweg werden die Haushaltsdaten grafisch und visuell aufbereitet. Der Betrachter erhält die wesentlichsten Informationen immer auf einen Blick und kann bei Bedarf durch Mausklick in die Details einsteigen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Amelung, dass zunächst abgewartet wird, ob und ggf. welche Fragestellungen sich noch ergeben. Die Verwaltung würde ggf. ein begleitendes Glossar herausgeben.

Herr Kissig regt an, zu bestimmten Bereichen, wie beispielsweise bei den Kitas oder im Sozialbereich, die begleitenden Erläuterungen aus dem Haushalt aufzunehmen.

Der Ausschuss zeigt sich angetan von den Möglichkeiten und nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6.) Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben gemäß VOB und VOL
Vorlage: BV/2016/014

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage beigefügte Verordnung zur Änderung der in § 3a in der Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadt Wedel befristeten erhöhten Wertgrenzen bei Vergaben gemäß VOB und VOL bis zum 31.12.2017 zu verlängern.



**7.) 4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel
Vorlage: BV/2016/039**

Herr Kissig stellt fest, dass mit den jetzt vorliegenden Änderungen zur Geschäftsordnung die Anpassungen an die Bestimmungen der Gemeindeordnung erfolgen.

Er erinnert daran, dass nach den gesetzlichen Regelungen Rats- und Ausschussmitglieder zu Beginn ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit, aber bei Änderungen auch während der Ausübung ihres jeweiligen Ehrenamtes, Informationen über sonstige Ehrenämter und berufliche Veränderungen mitteilen müssen. Damit sollen ggf. vorhandene Interessenkonflikte, die bei Entscheidungen und bei Beschlussfassungen eintreten könnten, bekannt gemacht werden. Er ist sicher, dass die allermeisten Ehrenamtlichen derartige Änderungen gar nicht mitteilen, weil ihnen die Erforderlichkeit nicht bekannt bzw. bewusst war. Er hatte daher angeregt, in gewissen Abständen an diese Verpflichtung zu erinnern.

Seitens der Verwaltung wurde vorgeschlagen, einen entsprechenden Hinweis einmal jährlich mit der jährlichen Bescheinigung für das Finanzamt über die erhaltene Höhe von Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen zu versenden.

Nachdem Herr Amelung und Herr Schmidt einige Fragen von Herrn Rüdiger beantwortet haben, beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat folgenden Beschluss zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt gem. § 34 Abs.2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) den 4. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Wedel.

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Mitteilungen

8.1.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

8.1.2.) Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und Herbstmarktes 2016
Vorlage: MV/2016/015

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.1.3.) Nutzungsrichtlinien für die Aula des Johann-Rist-Gymnasiums
Vorlage: MV/2016/012

Herr Kissig kündigt für die CDU-Fraktion Fragen zu diesem Punkt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung an.

Herr Dr. Murphy fragt zu Pkt. 5 der Richtlinien, ob es tatsächlich so sein soll, dass in Fällen, in denen Unternehmen Veranstalter sind, immer nur höchstens 200,-€ von der Agentur neben dem Nutzungsentgelt zu zahlen ist, unabhängig davon, wie hoch die aus der Veranstaltung erzielten Einnahmen sind ?

Herr Wuttke fragt, ob angesichts der Knappheit größerer Räumlichkeiten in Wedel daran gedacht ist, in der Mensa auch politische Veranstaltungen z.B. von Parteien vor Wahlen zuzulassen.

Zu dieser Frage entsteht eine kleine Diskussion. Herr Schmidt erinnert an eine Karenzzeit von 6 Wochen, ab der in öffentlichen Gebäuden und Schulen vor Wahlen keine politischen Veranstaltungen mehr durchgeführt werden dürfen. Diese Vorschrift hatte vor etlichen Jahren der Magistrat, also die Politik, in Wedel, seinerzeit so festgeschrieben.

Herr Schnieber weiß, dass es aber trotzdem politische Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden gegeben hatte. Er erinnert sich an eine Veranstaltung der SPD vor vielen Jahren im Ernst-Barlach-Saal. Er hätte kein Problem damit, die JRG-Mensa auch für politische Veranstaltungen freizugeben.

Herr Kissig schließt sich diesem an mit der Einschränkung, dass derartige Veranstaltungen aber nicht während des Schulbetriebs, sondern nur in den Abendstunden durchgeführt werden sollten.

Herr Wuttke bittet zu dieser Frage um Prüfung und Information. Ggf. wird die Grüne-Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen. Herr Schmidt sagt Informationen bis zum Ältestenrat zu.

Nach kurzer weiterer Aussprache nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.1.4.) Mitarbeiterbefragung 2015
Vorlage: MV/2016/028



Nach Erläuterungen durch Herrn Schmidt und Herrn Amelung nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.1.5.) 10. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2016/007

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.2.) Anfragen

Herr Schnieber bezieht sich auf die verteilte kriminalpolizeiliche Statistik, die die Ausschussmitglieder zur Vorbereitung für den im nächsten Ausschuss anstehenden Polizeibeirat bekommen haben. Leider beziehen sich die Zahlen und Daten auf den Kreis Segeberg und nicht auf den Kreis Pinneberg. Herr Schmidt sagt erneute Zusendung der Pinneberger Daten zu.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Herr Kissig schließt vor Beratung der folgenden TOP 9-11 die Öffentlichkeit aus.

12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Kissig hat die Öffentlichkeit wieder hergestellt und informiert darüber, dass TOP 9 nicht beschlossen und direkt in den Rat geschoben wurde.

Zu TOP 10 informiert er, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Verkauf einer ca. 500 m² großen Fläche Lage Voßhagen beschlossen hat.

Weitere Beschlüsse wurden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht gefasst.

Um 21.50 verabschiedet Herr Kissig alle Anwesenden, wünscht allen einen guten Heimweg und schließt die Sitzung.

.

Protokoll der 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
vom 18.04.2016

Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

